

"Globalisierung und strukturelle Gewalt".

Der Autor („12 Illusionen aus der Finanzwelt“) und Referent von Attac Deutschland beschreibt in seinem Beitrag die Organisation Attac und geht auch auf deren Verhältnis zu den Gewaltexzessen in Genua ein. Im zweiten Teil des Vortrags beschreibt er die Sicht von Attac auf Globalisierung und wie gegen die Länder des Südens strukturelle Gewalt ausgeübt wird. Weitere Informationen: www.attac-netzwerk.de

Wer oder Was ist Attac?

Attac ist weder ein Verein, noch eine Partei – sondern versucht, ein Netzwerk zu sein, das möglichst viele andere Gruppierungen (außer Parteien und rechtsgerichteten Organisationen) zusammenbringt. Attac arbeitet also bewegungsübergreifend und muss sich allein deshalb auf Kernforderungen konzentrieren, die bei allen diesen Gruppierungen Konsens sind. Doch davon gibt es immer mehr, unter anderem: Einführung der Tobin-Steuer, Schließung der Steueroasen, Verhinderung der Privatisierung von Basisdienstleistungen, Moratorium für die gegenwärtige Welthandelsrunde, gerechte Welthandelsstrukturen. Attac will der neoliberalen, rein ökonomisch determinierten Globalisierung seine eigene Vision einer sozial gerechten, demokratisch gestaltbaren und nachhaltigen Globalisierung entgegenstellen. Und hierzu bietet es zahlreiche Bildungsveranstaltungen an, Demonstriert in großen und kleinen Aktionen in der Öffentlichkeit und hat vor kurzem auch einen wissenschaftlichen Beirat gegründet, der die öffentlichen Debatten mit kritischer Expertise begleiten soll. Kurz: Attac ist ein bildungsorientiertes Aktionsbündnis.

Gegründet wurde Attac nach einem Aufruf des Chefredakteurs der französischen Zeitschrift „Le Monde Diplomatique“ im Dezember 1997. Er forderte, den ausufernden Devisenhandel mit einer Umsatzsteuer zu belegen (sog. Tobin-Steuer), um den Umfang des Devisenhandels zu reduzieren, da die überwiegend zu spekulativen Zwecken gehandelten Devisen die Weltfinanzmärkte destabilisieren. Dieser Aufruf führte zur Gründung einer breiten Bürgerbewegung; in Frankreich zählt Attac bereits über 35.000 Mitglieder. In Deutschland wurde Attac im Januar 2000 gegründet, explosionsartiges Wachstum setzte hier mit den Massenprotesten in Genua im Juni 2001 ein (gegenwärtig hat Attac Deutschland fast 11000 Mitglieder), als Medien sich für Attac zu interessieren begannen. Diese Interesse hat nicht nachgelassen – Zeichen dafür, dass Attac wichtige und breite Bevölkerungsteile interessierende Fragen stellt: Können die Länder des Südens von Globalisierung überhaupt profitieren, wenn ihnen die Regeln hierfür von mächtigen Industriestaaten diktiert werden? – Und ist so eine friedliche und nachhaltige Entwicklung auf diesem Planeten überhaupt denkbar? Dass immer mehr Menschen an den Hintergründen der neoliberalen Globalisierung interessiert sind, zeigt unter anderem auch das riesige Interesse, das die Organisatoren des Ersten Europäischen Sozialforums in Florenz zu verzeichnen hatten: Zur Abschlusskundgebung kamen rund 500.000 Menschen, erwartet wurden 100.000.

Attac und Gewalt?

Hinter dem gefährlich klingende Namen „Attac“ steht die Abkürzung „**A**ssociation pour une **T**axation des **T**ransactions financières pour l'**A**ide aux **C**itoyens“, übersetzt etwa „Gemeinschaft zur Durchsetzung einer Devisentransaktionssteuer [Tobin-Steuer] zum Wohle der Bürger“. Es geht also nicht um einen „Angriff“ auf Menschen, eher um einen Angriff auf die Verdienstmöglichkeiten von Bankenkonzernen. Und sehr deutlich äußerte sich Attac auch zu den gewalttätigen Ausschreitungen in Genua: Bei Protestaktionen ist nicht die Polizei unser Gegner. Sie ist nur Instrument der herrschenden Politik, nicht aber Ursache der gesellschaftlichen Probleme. Eine Strategie, die auf Militanz setzt und die Konfrontation mit der Polizei sucht, lehnt Attac ab. Natürlich gibt es unter den GlobalisierungskritikerInnen auch andere Meinungen – diese halten wir aber für theoretisch falsch und politisch schädlich.

Wir sind der friedliche Teil der globalisierungskritischen Bewegung, der trotzdem kreative Aktionen (a la Greenpeace) jenseits der Legalität nicht ablehnt. Direkte Folge davon ist, dass unsere Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind. Das schließt Aktionen zivilen Ungehorsams, wie Blockaden und begrenzte Regelverletzungen aber keinesfalls aus.

Sehr viel Gewalt ist in Genua definitiv von der italienischen Polizei angezettelt worden, etwa, als sie in einer Turnhalle auf schlafende Demonstranten einknuppelte; aber auch bei den Ausschreitungen am helllichten Tage sind unglaubliche Vorgänge belegt worden, etwa wenn Polizeispitzel als Demonstranten verkleidet Gewalt anwendeten, um Situationen gezielt eskalieren zu lassen. Dies erinnert eher an antidemokratisches Gebaren von Polizeistaaten als an eine Europäische Zivilisation.

Dem Netzwerk Attac haben sich bereits viele Gewerkschaften (u.a. ver.di, GEW) angeschlossen, zahlreiche kirchliche Initiativen (wie z. B. Pax Christi, missio), sozialistische Initiativen, Nord-Süd-Entwicklungsinitiativen (medico international u.a.), Pro Asyl, Bund Naturschutz, und noch über 100 weitere Organisationen. Und natürlich kann Attac nur bestehen, wenn es ideologisch pluralistisch ausgerichtet ist: Nicht so sehr **warum** jemand eine konsensfähige Forderung hat, ist entscheidend, sondern die Tatsache, dass er sich für diese Forderung engagieren will.

Weitere Säule von Attac sind selbständig arbeitende Regionalgruppen. Wir versuchten, im Jahr 2002 in möglichst vielen Orten Gruppen zu initiieren, die regionale und globale Themen aufnehmen können. Dies ist auch gelungen: Mittlerweile gibt es in über 120 Städten in Deutschland arbeitende Attac-Regionalgruppen. Durch die Summe aller dieser Strategien ist Attac innerhalb von nur 3 Jahren zu einem ansehnlichen gesellschaftlichen Akteur angewachsen, aber trotzdem völlig unabhängig (weil spenden- sowie beitragsfinanziert) geblieben. Doch zur Durchsetzung vieler unserer Forderungen sind wir einerseits noch deutlich zu klein – andererseits bedürfen viele der Forderungen der internationalen Kooperation, weswegen Attac sich in möglichst vielen Ländern etablieren muss und auch diese Strategie Erfolge zeitigt (vgl. www.attac.org). Nicht nur in fast allen europäischen Staaten, auch in einige Steueroasen haben wir uns eingenistet (Jersey, Andorra, Luxemburg, Schweiz). Selbst in Afrika gibt es Attac, in Südamerika, Australien und Japan. Wir meinen, dass internationale Strukturen die einzige adäquate Reaktion auf die internationale Vernetzung der Konzerne sein können. Wollen wir die Konzerne einfangen, so müssen wir international kooperieren. Wir müssen den entfesselten Standortwettbewerb beenden und die internationalen politischen Akteure davon überzeugen, dass Kooperation (z. B. die internationale Erhebung von Gewinnsteuern) für die Bürger und die Staatengemeinschaft deutlich sinnvoller ist als sich in einer ruinösen sozial-ökologische Abwärtsspirale

niederzukonkurrieren. Und hierfür müssen Steueroasen ebenso geschlossen wie die Macht transnationaler Konzerne begrenzt werden.

Globalisierung und strukturelle Gewalt

Im Folgenden müssen zunächst die Begrifflichkeiten geklärt werden, bevor ein zentrales Beispiel für strukturelle Gewalt vorgestellt wird.

Was ist Globalisierung?

Zunächst ist Globalisierung ein Containerbegriff, jeder versteht darunter, was er will. Je nach Diskussion und Hintergrund der Menschen, die ihn verwenden, ist er positiv oder negativ besetzt – und in diesem Geflecht ist es auch schlicht nicht möglich, kurz und bündig zu definieren, was Globalisierung sein soll. Zunächst gilt: es handelt sich um einen Prozess, dessen Anfangszeitpunkt nicht festlegbar ist. 1492, 1789, 1945, 1979, 1989... bei jedem dieser Daten könnte man begründen, warum Globalisierung noch früher eingesetzt haben soll. Betrachtet man den Zeitraum zwischen 1914 und 1945, so fällt auf, dass in diesem Zeitraum der Anteil an grenzüberschreitend gehandelten Produkten an allen produzierten Gütern stark zurückgegangen ist. Denn zwischen 1840 und 1914 haben die Exporte und auch internationale Kapitalverflechtungen sehr stark zugenommen, während zwischen den beiden Weltkriegen protektionistische Tendenzen klar die Oberhand gewannen. Daraus folgt: Globalisierung ist keine zwangsläufige Erscheinung; sie kann sehr schnell in ihr Gegenteil verkehrt werden. Es dauerte bis zur Mitte der 80er Jahre, bis die internationalen Verflechtungen wieder so weit gediegen waren, wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg.

Ökonomische Globalisierung meint zunächst eine zunehmende Öffnung und Internationalisierung der Waren- und Finanzmärkte. Durch den Abbau der Zollsätze in den GATT-Verhandlungsrunden wurde der Anteil grenzüberschreitend gehandelter Güter immer weiter erhöht – im Zuge der Schaffung der Welthandelsorganisation weitete sich der Blick nun auch auf die Globalisierung des Patentschutzes (im Rahmen des sog. TRIPs-Abkommens) und die Öffnung der Dienstleistungen (im Rahmen des GATS-Abkommens). Die Öffnung der Finanzmärkte ist ein Prozess, der 1973 einsetzte, als einerseits das System von Bretton Woods zerbrach und gleichzeitig der Ölpreisschock den OPEC-Staaten Milliarden US-Dollars zuspülte, die sie versuchten auf den hierzu entstehenden Weltfinanzmärkten gewinnbringend anzulegen. Im Verlauf der vergangenen 30 Jahren wurden so die Finanzmärkte umfassend liberalisiert. Dies hat die triviale Folge, dass die Waren- und Finanzströme anschwellen und Staaten darum konkurrieren. Wettbewerbsstaaten entstehen, die sich vermehrt um die Angebotsbedingungen ihrer Industrie sorgen als um die Kaufkraft und die Vermögensverteilung ihrer Bevölkerung. Vor allem in den vergangenen 10 Jahren trat hierzu Investitionssicherheit im Ausland, weshalb immer mehr Konzerne dazu bereit waren, im Ausland Filialen zu eröffnen oder Unternehmen zu kaufen. Es ist genau diese Internationalisierung und weltweite Vernetzung der Konzerne, die für mich das wesentlich neue des gegenwärtigen neoliberalen Globalisierungsprozesses darstellt. Dies hat zum einen ein Größenwachstum der Konzerne zur Folge, was logisch eine Bedrohung für die Selbstbestimmung von Demokratie ebenso darstellt wie die Möglichkeit transnationaler Konzerne, mit der Abwanderung von einem „Standort“ zu

drohen. Einem Tausendfüßler gleich können Konzerne damit drohen, ihr Beinchen in einem Land zu heben, wenn die Bevölkerung sich höhere ökologische oder soziale Standards wünscht.

Was ist strukturelle Gewalt?

Als strukturelle Gewalt bezeichnet man den „stumme Zwang der Verhältnisse“, sie ist nicht sichtbar, aber spürbar. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von dreißig Jahren war in der Steinzeit kein Ausdruck von Gewalt, ist aber heute, z. B. aufgrund sozialer Ungerechtigkeit, durchaus als solche zu bezeichnen. Der Friedensforscher Johann Galtung unterscheidet 3 Formen der Gewalt:

- a) **Direkte physische Gewalt**, die von einem Akteur ausgeht
- b) **Strukturelle Gewalt** ist Gewalt ohne einen Akteur. In beiden Fällen gilt: Individuen können getötet oder verstümmelt, geschlagen oder verletzt und durch den strategischen Einsatz von Zuckerbrot und Peitsche manipuliert werden. Bei struktureller Gewalt ist die Ursache nicht auf konkrete Personen als Akteure zurückzuführen. Niemand tritt in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügt.
- c) **Kulturelle Gewalt** ist jede Eigenschaft einer Kultur, mit deren Hilfe direkte oder strukturelle Gewalt legitimiert werden kann. Kulturelle Gewalt ist zunächst unsichtbar, trägt aber zur Rechtfertigung bei, zum Beispiel in Form rechtsextremer Ideologien der Ungleichheit (Herrenvolk). (Quelle: Galtung, J.: Frieden mit friedlichen Mitteln, Leske + Buderich: Opladen, 1998.)

Ein Beispiel: Unser Umgang mit der Schuldenkrise, speziell die Politik des IWF, ist als strukturelle Gewalt zu bezeichnen. Stets wird argumentiert, Globalisierung sei eine Chance für die Entwicklungsländer. Doch wie sieht Realität aus? Zunächst die abstrakten Fakten: Während in den 60er-Jahren die 20 % der reichsten Menschen nur das 30fache der Einkommen der 20 % der ärmsten erhalten, hat sich dieses Verhältnis bis zum Jahr 2000 auf den Faktor 70 erhöht – und es ist keine Trendwende am Horizont zu erkennen. Gleichzeitig steigt in den 20 reichsten Ländern das Einkommen immer weiter an, doch in den 20 ärmsten Ländern stagniert es seit 1980. Diese nur allzu bekannten Fakten strafen die Apologeten der neoliberalen Globalisierung Lügen: Ihre Entwicklungsmodelle sind gescheitert – stellt sich die Frage wieso?

Ein erster zentraler Grund ist die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer. Diese hängt ursächlich mit der Ölkrise und dem nachfolgenden Versuch kreditfinanzierten Wachstums zusammen, der gescheitert ist. 1979 begann die USA eine Hochzinspolitik zu betreiben und Ronald Reagan lockte zu Beginn der 80er Jahre Milliarden US-Dollars zur Finanzierung seines satellitengestützten Waffensystems ins Land, was das Weltzinsniveau deutlich erhöhte. Die direkte Folge war die Zahlungsunfähigkeit von Mexiko und Brasilien, die diese Schuldenkrisen nicht selbst verschuldet haben. Seit dieser Zeit versuchen die Industriestaaten, die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen, doch die Versuche führen nur dazu, dass die Schulden weiter stiegen – und betragen gegenwärtig rund 2200 Mrd. US-Dollar, die Zins- und Tilgungszahlungen ebenfalls, sie belaufen sich auf jährlich rund 300 Mrd. US-Dollars. Das heisst: Die Länder bezahlen das Sechsfache der jährlichen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der Industriestaaten an diese als Zins- und Tilgungszahlungen wieder zurück.

Bei den am höchsten verschuldeten Länder (HIPC) beträgt der Schuldendienst durchschnittlich 20 % ihres Staatshaushaltes. Da es sich dabei um Verschuldung im

Ausland handelt, fließt dieses Kapital aus den Ländern ab. Somit steht es nicht für Investitionen zur Verfügung – und die Entwicklungsmöglichkeiten sind logisch zwingend verringert. Dies ist eine zentrale Ursache der sich verringernden Entwicklungsdynamik der Länder des Südens. Die Problematik sehen inzwischen auch IWF, Weltbank und viele Regierungen ein, weshalb ausgehend von der sehr erfolgreichen Erlassjahrkampagne mittlerweile bei den HIPC einen gewissen Schuldenerlass durchsetzen konnte – mit einem Umfang von insgesamt 70 Mrd. US-Dollar. Nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, doch für diese Länder und deren Bevölkerung eminent wichtig. Was bleibt, ist ein weiter Weg und zähes Ringen um weiteren Schuldenerlass, denn Schulden zu streichen bedeutet gleichzeitig, in den Industriestaaten Kredite abzuschreiben, wogegen sich die zuständigen Banken natürlich mit Händen und Füßen wehren oder die Kredite vom Staat übernommen werden müssen. Doch geht daran kein Weg vorbei: Wollen wir den Ländern des Südens aufholende und nachhaltige Entwicklung ermöglichen, dürfen wir ihnen nicht jährlich Kapital in dreistelliger Milliardenhöhe entziehen.

Aufgrund der Logik der Verschuldungskrisen erhält der IWF große Teile seiner Macht. Für in Krisen geratene Länder ist es kurzfristig sinnvoll, auf Kredite des IWF zurückzugreifen und seine Finanzmärkte kurzfristig zu stabilisieren, da dann z. B. die Wechselkurse weniger stark einbrechen und sich Importprodukte (unter Umständen Nahrungsmittel oder Öl) für die Bevölkerung nicht zu drastisch verteuern. Langfristig führt dies allerdings dazu, dass die Verschuldung der Länder immer weiter ansteigt. Und die Vergabe der Kredite verknüpft der IWF an umfassende Sturkturanpassungsprogramme, die die Länder unter anderem dazu zwingen, ihre Exportindustrien zu fördern, Grenzen für Waren und Kapital zu öffnen und die Staatsquote gering zu halten. Verlangt man von Ländern, Schulden zurückzubezahlen, so müssen sie logisch zwingend mehr Güter exportieren als sie importieren – womit die Argumentation des IWF natürlich vordergründig logisch ist. Doch diese immergleichen Konzepte führten in der Vergangenheit unter anderem zu einem drastischen Anstieg des Angebots an Rohstoffen und einfachen Gütern auf dem Weltmarkt (wie z. B. Kaffee, Kakao), mit der Folge verfallender Preise. Für die Entwicklungsländer ergeben sich viele weitere Probleme, etwa die mangelnde Möglichkeit, umfassend in Bildung und Infrastruktur zu investieren oder Industrien geschützt vom Weltmarkt zu subventionieren und zu entwickeln – genau jener Weg war es allerdings, der es den Südostasiatischen Tigerstaaten ermöglichte, immer weiter zu den Industriestaaten aufzuschließen. Lateinamerika erfüllte die Empfehlungen des IWF am besten, den Anteil am Welthandel konnte diese Ländergruppe allerdings nicht ausdehnen. Dafür sind sie mittlerweile Weltmeister in der Ungleichverteilung der Einkommen. Die Ärmsten 20 % der Bevölkerung haben etwa in Brasilien nur noch einen Anteil von 2,5 % am Gesamteinkommen nur noch übertroffen von Nicaragua.

Da alle diese Entwicklungen natürlich nicht schicksalhaft über uns hereingebrochen sind, können wir auch in eine andere Richtung steuern. Weder die IWF-Politik noch die völlig unkontrollierte Öffnung der Finanzmärkte sind zwangsläufige Entwicklungen gewesen – und auch der Weg zu deregulierten Warenmärkten war politisch gewollt. Also sind die gegenwärtigen Benachteiligung der Entwicklungsländer in vielen Handelsfragen (etwa Agrarsubventionen des Nordens) ebenso änderbar wie die Ausgestaltung des gegenwärtig verhandelten internationalen Dienstleistungsabkommen GATS.

Um zu einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit zu gelangen, müssen wir nicht nur eine umfassende Entschuldung der Entwicklungsländer durchsetzen, sondern ebenfalls die Politikmaximen des IWF nachhaltig verändern. Ein wesentlicher Schritt hierbei ist es, die Strukturanpassungsprogramme zu beenden und ein internationales Insolvenzrecht einzuführen. Wenn Länder überschuldet sind, so sollen sich Vertreter der Länder und deren Gläubiger an einen Tisch setzen und in einem fairen, neutralen Schiedsgerichtsverfahren überlegen, welche Schulden noch bezahlt werden können, damit die Bevölkerung unter der Last der Verschuldung nicht zusammenbricht. Dann müssen also Nord-Banken Kredite abschreiben – und die Verschuldung der Südländer würde sinken. Dass dies keine heillose Spinnerei ist, erkennt man daran, dass auch ein internationales Insolvenzrecht mittlerweile in allen Etagen von IWF und Weltbank diskutiert werden – doch bis zur Realisierung im Sinne der Entwicklungsländer wird noch viel öffentlichkeitswirksamer Protest notwendig sein. Und isoliert von vielen weiteren Reformen würde sich trotz solcher Reformen die Schuldenspirale immer weiter drehen. Es geht um den Umbau der Weltfinanzarchitektur: Diese lässt den Entwicklungsländern gegenwärtig keine Chance. Strukturelle Gewalt aus diesem System zu entfernen ist eines der Hauptziele von Attac – doch nebst breitem Engagement wird hierfür ebenfalls ein sehr langer Atem vonnöten sein.